



Detailansicht des Registereintrags

Verband Deutscher Privatschulen Niedersachsen-Bremen e. V.

Aktuell seit 05.06.2025 14:37:20

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R003656
Ersteintrag:	21.03.2022
Letzte Änderung:	05.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	05.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Warmbüchenstr. 21 30159 Hannover Deutschland Telefonnummer: +495113538711 E-Mail-Adressen: info@private-schulen.de Webseiten: <u>www.private-schulen.de</u>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

1 bis 10.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,10

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Sandra Marschall**
Funktion: Vorsitzende
2. **Jürgen Weinberg**
Funktion: stellvertretender Vorsitzender

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Martina Kristof**
2. **Sandra Marschall**
3. **Jürgen Weinberg**

Gesamtzahl der Mitglieder:

51 Mitglieder am 16.05.2025, davon:

3 natürliche Personen

48 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):

1. Verband Deutscher Privatschulverbände e. V. (VDP)
2. Unternehmerverbände Niedersachsen e. V. (UVN)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

Arbeitsmarkt; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Berufliche Bildung; Schulische Bildung; Vorschulische Bildung; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung"; Sonstiges im Bereich "Bundestag"; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Digitalisierung; Integration; Migration

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Verband Deutscher Privatschulen Niedersachsen-Bremen e.V. (VDP) vertritt als Berufsverband mit Sitz in Hannover die Interessen der niedersächsischen und bremischen allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft und der Bildungseinrichtungen im Bereich der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie im Bereich von Integrations- und Berufssprachkursen.

Im Fokus der Tätigkeit liegt die Förderung der gesellschaftspolitischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Bildungsangebot freier Träger in den Bundesländern Niedersachsen und Bremen. Der VDP e.V. setzt sich dafür ein, dass das Grundrecht gewahrt wird, zwischen verschiedenen pädagogischen Konzepten, Bildungsangeboten und Bildungsanbietern

wählen zu können. Das Ziel besteht darin, das Bildungswesen zum Wohl der Allgemeinheit zu stärken.

Regelhaft wird die Interessenvertretung durch Gespräche, Telefonate oder per E-Mail ausgeübt. Stellungnahmen werden i. d. R. durch den Dachverband abgegeben.

Konkrete Regelungsvorhaben (6)

1. PT-Ausbildung: Erhalt berufsfachschulischer Ausbildung & Autonomie sichern, Ausbildungsvergütung.

Beschreibung:

Die Interessenvertretung bzgl. der Reform der Physiotherapieausbildung zielt darauf ab, die Ausbildungsinhalte zu aktualisieren, die Qualität zu sichern, die Autonomie der freien Physiotherapieschulen zu wahren sowie die Einführung einer flächendeckenden Ausbildungsvergütung. Die Interessenvertretung setzt sich ebenfalls dafür ein, dass die Reform die bestehenden Strukturen respektiert sowie die Vielfalt der Ausbildungsanbieter und die regionale Verfügbarkeit der Ausbildungsmöglichkeiten berücksichtigt. Ziel ist eine nachhaltige Verbesserung der Ausbildungsqualität, um die Patientenversorgung durch kompetente Physiotherapeuten zu gewährleisten.

Betroffenes geltendes Recht:

MPhG [alle RV hierzu]; PhysTh-APrV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Schulische Bildung [alle RV hierzu]

2. Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegeassistentenausbildung

Beschreibung:

Der Entwurf sieht die Regelung eines Pflegeassistentengesetzes, die Umsetzung des dazugehörigen Finanzierungsverfahrens durch Änderung der Pflegeberufes-Ausbildungsfinanzierungsverordnung (PflAFinV) sowie Folgeänderungen vor. Mit dem Pflegeassistentengesetz wird ein eigenständiges und einheitliches Berufsprofil für die Pflegefachassistenz als Heilberuf i.S.d. Art. 74 Absatz 1 Nr. 19 GG geschaffen. Die neue Ausbildung löst die bisherigen landesrechtlich geregelten Pflegehilfe- und Pflegeassistentenausbildungen in diesem Bereich ab.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes über die Einführung einer bundeseinheitlichen Pflegeassistentenausbildung bzw. alternativ: Pflegehilfeausbildung

Datum des Referentenentwurfs: 15.07.2024

Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

PflBG [alle RV hierzu]; PflAPrV [alle RV hierzu]; PflAFinV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

3. Formulierungen zum Koalitionsvertrag 2025 der Arbeitsgruppe Bildung, Forschung und Innovation**Beschreibung:**

Der VDP formuliert Forderungen zur Aufnahme im Koalitionsvertrag 2025 im Bereich Investitionen auszubauen, Bundesbildungsprogramme zukunftsorientiert zu gestalten, freie Träger gleichberechtigt zu beteiligen.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bundestag" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506050013 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

4. Formulierungen zum Koalitionsvertrag 2025 der Arbeitsgruppe Innen, Recht, Migration und Integration**Beschreibung:**

Der VDP formuliert Forderungen zur Aufnahme im Koalitionsvertrag 2025 zur Schaffung verlässlicher Rahmenbedingungen für das Gesamtprogramm Sprache zur erfolgreichen Gestaltung von Integration.

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bildung und Erziehung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bundestag" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506050014 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. Formulierungen zum Koalitionsvertrag 2025 der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales

Beschreibung:

Der VDP formuliert Forderungen zur Aufnahme im Koalitionsvertrag 2025 für eine verlässliche Finanzierung und nachhaltige Strukturen für Weiterbildung und Qualifizierung

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bundestag" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506050015 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

6. Formulierungen zum Koalitionsvertrag 2025 der Arbeitsgruppe Gesundheit

Beschreibung:

Der VDP formuliert gemeinsam mit dem DBSV e.V. und dem VDB Forderungen zur Aufnahme im Koalitionsvertrag 2025 im Bereich der Reform der Gesundheitsfachberufe für eine attraktive und praxisnahe Ausbildung, ein verlässliches Finanzierungssystem und dem Erhalt der Eigenständigkeit der Bildungsträger und Durchlässigkeit der Karrierewege.

Interessenbereiche:

Berufliche Bildung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Bundestag" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506050016 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.03.2025 an:

Bundestag

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

160.001 bis 170.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[JA-Lobbyregister-2024.pdf](#)